

**Protokoll der Pressekonferenz  
im Anschluss an die Zentralbankratssitzung  
der Deutschen Bundesbank  
am 7. Dezember 2000  
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Meine Damen und Herren, es ist Tradition in der Deutschen Bundesbank, dass im Anschluss an die letzte Zentralbankratssitzung des Jahres eine Pressekonferenz stattfindet. Im Laufe des Jahres hat es wichtige Veränderungen gegeben, mit denen zum Ausdruck gebracht wird, dass wir in der Deutschen Bundesbank reformfähig sind. Die Zahl der Direktoriumsmitglieder ist gegenüber der Pressekonferenz von vor einem Jahr von acht auf sechs zurückgegangen. Als neues Mitglied des Direktoriums möchte ich Herrn Dr. Fabritius begrüßen. Drei Mitglieder sind im Laufe des Jahres ausgeschieden: Herr Schmidhuber, Herr Hartmann und Herr Schieber. Herr Schieber ist uns allerdings im Zentralbankrat erhalten geblieben, weil er jetzt die Funktion des Präsidenten der Landeszentralbank in Baden-Württemberg innehat.

Ich möchte zunächst ein paar Bemerkungen zur Geldpolitik und zur Wirtschaftslage machen.

Zur Geldpolitik ist zu sagen, dass der EZB-Rat seinen geldpolitischen Kurs im Laufe des abgelaufenen Jahres sukzessive gestrafft hat, um Inflationsgefahren vorzubeugen. Erste Erfolge dieser strafferen Geldpolitik sind jetzt durchaus sichtbar. Das wird deutlich beim Geldmengenwachstum, das sich verlangsamt und dem Referenzwert angenähert hat. Es ist vor allen Dingen gelungen, Zweitrundeneffekte im Zusammenhang mit Inflationserwartungen zu verhindern, und dies gilt insbesondere für die Lohnentwicklung. Das muss positiv angemerkt werden.

Die inflationstreibende Wirkung des Ölpreisanstiegs wird sicherlich noch einige Zeit anhalten. Und trotz des in den letzten Tagen wieder anziehenden Euro bleibt die Wechselkursituation unbefriedigend. Die Annäherung der Wachstumserwartungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Eurozone ist sicherlich mit ein Grund für die jüngste Aufwärtsbewegung des Euro.

Im Ergebnis dürfte die Inflationsrate auf der Konsumentenebene noch einige Zeit über 2 % liegen. So gesehen ist weiterhin geldpolitische Wachsamkeit angezeigt, um das Stabilitätsziel mittelfristig einzuhalten.

In Anbetracht der Ölpreis- und der Wechselkursentwicklung kann man sagen, die EZB hat auch im zweiten Jahr ihrer Existenz eine erfolgreiche Stabilitätspolitik betrieben. Dem weiteren Fortgang des Wirtschaftswachstums steht der gegenwärtige geldpolitische Kurs auch nicht im Wege.

Zur Konjunkturlage: Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz erkennbarer Belastungen weiterhin im „Vorwärtsgang“. Vor allem wegen der hohen Ölpreise ist zwar „Sand in das Konjunkturgetriebe“ gekommen. Dennoch gibt es keinen Anlass für pessimistische Szenarien.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres dürfte die Konjunktorentwicklung nicht genauso schwungvoll gewesen sein, wie das im ersten Halbjahr dieses und im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres der Fall gewesen ist. Darauf deuten die nicht mehr so optimistische Stimmungslage in der gewerblichen Wirtschaft und das gemischte Meinungsbild bei den privaten Haushalten ebenso hin wie auch einige Frühindikatoren.

Aber mit einem geschätzten Wachstum für das Jahr 2000 von 3 % für das reale Bruttoinlandsprodukt fällt die Rate so hoch aus wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. In der Eurozone ist die für dieses Jahr zu erwartende Wachstumsrate die höchste im Verlauf der vergangenen zehn Jahre, und das sollte man bei aller Diskussion zunächst einmal als Erfolg betrachten. Und 3 % Wachstum in der Bundesrepublik ist genau doppelt so viel wie im Durchschnitt der 90er Jahre.

Das alles ist eigentlich auch keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass die Verschlechterung bei den Außenhandelspreisen, also ein negativer Terms of Trade-Effekt, in diesem Jahr einem Realeinkommensverlust im Inland von ungefähr 1 % entspricht. Auf diesen verengten realen Verteilungsspielraum haben die Tarifpartner diesmal besonnen reagiert. Ich kann nur wiederholen: Hausgemachte Preisanstöße hielten sich bis jetzt in engen Grenzen. Und dass die Unternehmen ebenfalls durchaus zuversichtlich sind, zeigt sich an ihrem Investitions- und Einstellungsverhalten. Sie haben vermehrt in neue Ausrüstungen und neue Technologien investiert. Dabei stand die Modernisierung des Kapitalstocks im Vordergrund. Auch die heute veröffentlichten Zahlen sind in diesem Zusammenhang sehr positiv zu würdigen.

Noch einige Anmerkungen zum Wechselkurs: Dank der konsequent am Ziel der Preisstabilität ausgerichteten Zinspolitik - nicht zuletzt wegen der Lohnpolitik - haben wir die Preisrisiken in Deutschland und Europa durchaus unter Kontrolle. Die stabilitätspolitischen Voraussetzungen für eine Stärkung des Euro sind von daher durchaus gegeben. Auch die strukturellen Probleme, die immer wieder angeführt werden, sind heute in einem etwas besseren Licht zu sehen.

Bei den Ursachen, die wir bei der Euro-Schwäche zu analysieren haben, gehen die Meinungen auseinander. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass im Wesentlichen durch die Kapitalabflüsse in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen die Außenwertschwäche verursacht worden ist. Ich will aber darauf hinweisen, dass es in der letzten Zeit auch Veröffentlichungen gab, die rückläufige Nachfrage nach D-Mark in einigen Ländern im Vorfeld der Euroeinführung als Ursache für die Euroschwäche nennen. Das mag zwar eine gewisse Rolle spielen, doch von den Größenordnungen her kann das den Außenwert nicht erklären. Ein größerer Austausch von D-Mark in Dollar müsste sich dann ja auch in D-Mark-Rückflüssen bei der Deutschen Bundesbank widerspiegeln. Dies ist nicht der Fall.

Ich möchte zu den strukturellen Reformen noch etwas sagen: Zu den wichtigsten Fortschritten zählt sicherlich die eingeleitete Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Der Weg muss fortgesetzt werden. Auch für Deutschland gilt, dass die

Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes über den Konjunkturzyklus hinweg einen ausgeglichenen Haushalt fördert. Davon sind wir auch in der Bundesrepublik trotz aller Bemühungen und Erfolge aber noch entfernt. Als Zweites ist sicherlich positiv hervorzuheben, dass die lange Jahre andauernde Diskussion über die Steuerreform endlich zum Abschluss gebracht worden ist. Die steuerliche Entlastung der privaten Haushalte wird sicherlich einen positiven Konjunkturbeitrag im nächsten Jahr mit sich bringen. Aber dieser wachstumsfreundliche Kurs durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Steuerreform muss auch in den anderen Feldern beibehalten werden.

Die Deregulierung wichtiger Gütermärkte ist weiter vorangeschritten. Das gilt für die Telekommunikation und die Elektrizitätswirtschaft, und zunehmend auch für andere Bereiche, die noch nicht dereguliert sind, aber dereguliert werden sollen.

Auch der Arbeitsmarkt ist längst nicht mehr so rigide, wie das vielfach außerhalb der Bundesrepublik behauptet wird. Das trifft auch für die Tarifpolitik zu. Ich erwähnte schon, dass die diesjährige Lohnrunde moderat war. Vor allen Dingen war positiv, dass längere Laufzeiten vereinbart worden sind, so dass wir im nächsten Jahr nicht vor einer neuen großen Lohnrunde in der Bundesrepublik Deutschland stehen. Auch bei der Arbeitszeit und in der Lohnfindung gibt es mehr Flexibilität in Deutschland.

Aber der Sachverständigenrat hat sicherlich zu Recht auf weiterhin bestehende Rigiditäten hingewiesen. So sind die Anreize für eine Arbeitsaufnahme vielfach nicht hinreichend, die Differenzen in den Lohnstrukturen sind noch zu gering. Reformbedarf besteht auch insbesondere aus demographischen Gründen bei den sozialen Sicherungssystemen.

Das Rentenreformgesetz geht in die richtige Richtung. Die Stabilisierung der Beitragssätze und die steuerlich unterstützende, ergänzende Kapitalvorsorge sind positiv zu würdigen. Aber der Reformkurs muss beibehalten werden, um die Angebotsbedingungen zu verbessern und die Wachstumskräfte dauerhaft zu stärken.

Ein paar Anmerkungen möchte ich zur Entwicklung an den Kapitalmärkten machen: Erstens muss man festhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland in den wichtigsten Laufzeiten Benchmarkemittent ist. Sie hat im Eurogebiet die niedrigsten Finanzierungskosten und ist im 10-Jahres-Bereich etwa 25 Basispunkte niedriger als der Durchschnitt der anderen Länder. In diesem Zusammenhang wirken sicherlich positiv die Terminbörse Eurex, mit dem Bund-Future als weltweit umsatzstärksten Kapitalmarktkontrakt, sowie das Zusammenspiel von Kassa-, Termin- und Repo-Markt. Seit kurzem, und darauf möchte ich besonders hinweisen, betreibt die Bundesbank ihre Marktpflege auch über das neue Rentenhandelssystem Eurex Bonds der Deutschen Börse AG. Wir demonstrieren durch unser Engagement die Hoffnung und Erwartung, dass sich Eurex Bonds, das sich – von uns gewünscht – inzwischen von dem anfänglichen „closed shop“ zu einem offenen System entwickelt hat, mittelfristig als führende elektronische Plattform für den Rentenhandel durchsetzt. Ein großer Anteil des bisher im Ausland angesiedelten Handels in Bundeswertpapieren könnte dann wieder hier im Inland auf dieser Plattform Eurex Bonds stattfinden.

Der jüngst gegründeten Finanzagentur des Bundes wünschen wir, dass sie den gemeinsam aufgebauten Benchmark-Status der Bundesanleihen zu halten und – wenn überhaupt möglich – noch auszubauen vermag. Wir werden als Bundesbank die Agentur bei der Erledigung ihrer Aufgaben nach Kräften unterstützen und bei künftigen Problemlösungen mitarbeiten. Aber wir wollen ihr vor allen Dingen den Rücken frei halten, indem wir weiterhin unsere bankbetrieblichen Dienstleistungen, also Tenderabwicklung, Kurs- und Marktpflege, Verkauf von Daueremissionen und Kontoführung für den Bund, erbringen.

Sie wissen, dass wir im Zusammenhang mit der Gründung dieser Agentur mit dem Bundesfinanzminister unterschiedliche Positionen vertreten haben, dass wir vor allen Dingen aber sicherstellen wollen, diese bankbetrieblichen Dienstleistungen weiter durch die Bundesbank zu erbringen. Wir meinen, dass wir die dafür notwendige Expertise und dazugehörige Technik haben und somit nicht extra bei der Agentur – mit unnötigen Kosten – neu aufgebaut werden muss.

Das veränderte geldpolitische Umfeld in Europa gibt der Bundesbank auch mehr Spielraum, uns in die Diskussion über Börsen- und Kapitalmärkte zu engagieren. Wir

verstehen uns dabei als Beobachter, Gesprächspartner und Ratgeber. Nicht zuletzt sind wir an einer verbesserten bzw. einer optimalen Kapitalallokation in den Märkten in Europa interessiert.

Die Fragmentierung der Börsenlandschaft mit mehr als 30 Börsen mit eigenen Clearing- und Settlement-Einrichtungen hemmt nach wie vor die Finanzmarktintegration, die uns bei den Geldmärkten schon hervorragend gelungen ist. Es muss zu einer Konsolidierung und Bündelung von Liquidität kommen. Gleichzeitig wird es aber auch nach wie vor Wertpapiere geben, die auf nationaler Ebene gehandelt werden.

Frankfurt hat sich sicherlich in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang sehr gut entwickelt. Aber es stellt sich die Frage, und die stellt sich ja schon seit längerem, wie auf dem jetzigen Stand die strategische Neuausrichtung erfolgen soll. Die Position ist sicher günstig. Nach dem Scheitern der Fusion mit der London Stock Exchange hat die Deutsche Börse AG mit Xetra, dem Neuen Markt, ihren Aktivitäten in Eurex und Clearstream eine starke Marktposition. Man muss nun entscheiden, ob man durch Kooperation / Fusion eine strategische Position hat oder ob man zukünftig dem Markt die Auslese überlassen will. Ich habe eine Präferenz für kooperative Lösungen.

Die Börsen spüren durch Electronic Communication Networks (ECN) wachsende Konkurrenz. Und das könnte ein Grund mehr sein, die Suche nach geeigneten Kooperationsformen auf europäischer Ebene zu forcieren. Ob das am Ende auf Arbeitsteilung, Bündnis oder Fusion hinausläuft, müssen natürlich die Marktteilnehmer selbst entscheiden.

Meine Damen und Herren, es gibt noch viele andere Punkte, die man ansprechen könnte. Für das Jahr 2001 geht es weiterhin für die Bundesbank darum, im Europäischen System der Zentralbanken die Aufgabe Geldwertstabilität optimal zu erfüllen, genauso wie das in den vergangenen 50 Jahren oder in den letzten zwei Jahren im ESZB-System der Fall gewesen ist.

Mit der Euro-Einführung und der Rückführung der D-Mark am Ende kommenden Jahres stehen wir vor einer großen logistischen Herausforderung, bei der wir noch nicht alle Details abschließend geklärt haben bzw. klären konnten.

Und natürlich wird uns die Frage der Leitungsstruktur und die Aufgaben, die die Deutsche Bundesbank in Zukunft erfüllen soll, auch im kommenden Jahr beschäftigen. Wir hoffen alle, dass möglichst bald der Gesetzgeber einen Gesetzesvorschlag auf den Tisch legt, an dem man dann weiter diskutieren und arbeiten kann. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat vor nun über eineinhalb Jahren zwei Optionen vorgestellt. Inzwischen hat sich die Zahl der Modelle deutlich erweitert.

Dies ist hier eine offizielle Pressekonferenz des Zentralbankrates. Eine neue Position des Zentralbankrates gibt es nicht. Meine persönliche Meinung zur Leitungsstruktur kennen Sie. Der ist heute nichts hinzuzufügen. Im Interesse des Zentralbankrates, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank, ist zu wünschen, dass möglichst bald Klarheit geschaffen wird. Aber da ist die Politik am Zuge.

#### Frage

Der EZB-Stab, dem auch die Experten Ihres Hauses angehören, arbeitet jetzt an sog. Projektionen, auf deutsch Prognosen. Diese sind wiederum nicht bindend für den EZB-Rat. Das könnte doch zu Schwierigkeiten führen. Wie sehen Sie die neue Gefährdung der Transparenz und auch der Glaubwürdigkeit der Strategie der Europäischen Zentralbank?

#### Bundesbankpräsident Welteke

Der Beschluss, die Projektionen zu veröffentlichen, ist gefasst, und die erste Veröffentlichung wird im Dezember erfolgen. Das Ziel, die Projektionen zu veröffentlichen, ist ja, mehr Transparenz und mehr Berechenbarkeit zu schaffen. Für den Rat der EZB sind sie Bestandteil in der Diskussion und der Beschlussfassung wie andere Analysen, z. B. auch die Analyse über die M3-Geldmengenentwicklung. Sie werden so den Datenkranz, auf deren Grundlage die EZB dann geldpolitische Entscheidungen trifft, bereichern und erweitern.

### Frage

Eine Frage zur „Vermittlung der Absichten der EZB in die einzelnen Mitgliedsländer“. Was hat nach Ihrem Eindruck hervorragend geklappt? Was könnte besser gemacht werden, um in der Zukunft vorhandene Irritationen, Missverständnisse und Fehlinterpretationen abzubauen?

### Bundesbankpräsident Welteke

Ich glaube, im Großen und Ganzen hat die Kommunikation der EZB-Politik in die Öffentlichkeit hinein, wenn man die Rahmenbedingungen beachtet, hervorragend funktioniert. Man muss nur zwei Aspekte im Kopf behalten: Erstens gibt es keine europaweite Öffentlichkeit und keine einheitliche Berichterstattung, die über Wirtschaftspolitik, Geldpolitik und Reformpolitik in Europa informiert. Aufgrund der Sprachenunterschiede ist das eine ganz schwierige Aufgabe.

Zweitens stehen wir immer wieder vor der Forderung, die Europäische Zentralbank soll mit einer Stimme sprechen. Gleichzeitig soll aber in unterschiedlichen Öffentlichkeiten mit unterschiedlichen Kulturen und in unterschiedlichen Sprachräumen die Geldpolitik erklärt werden. Das ist eine Herausforderung, die uns sicherlich nicht nur im nächsten Jahr, sondern dauerhaft gestellt sein wird und bei der wir immer eine gewisse Gradwanderung machen müssen.

### Frage

Gibt es aus Sicht des EZB-Rates eine Beurteilung des Erfolges der Wechselkursinterventionen? Gibt es einen aktuellen Kommentar der Bundesbank zu den Basel-Festschreibungen in Amerika?

### Bundesbankpräsident Welteke

Zum ersten Punkt: Wir sind übereinstimmend der Meinung, dass die Interventionen erfolgreich gewesen sind.

Vor der Intervention am 22. September gab es in der Öffentlichkeit Spekulationen darüber, ob überhaupt Interventionen im ESZB-System noch zum Instrument der Geldpolitik gehören oder nicht. Diese Zweifel sind beseitigt, und die Signalfunktion, die damit einhergegangen ist, ist schon für sich ein Erfolg gewesen. Keiner kann uns

genau sagen, wo der Kurs wäre, wenn wir nicht interveniert hätten. Dass er so ist, wie er jetzt ist, ist sicherlich als Erfolg zu werten.

#### Meister, MdD

Zu Basel II möchte ich zunächst sagen, dass wir uns mit den aktuellen Ergebnissen heute im Zentralbankrat befasst haben, um eine erste Beurteilung der Ergebnisse durchzuführen. Nächste Woche wird der Zentrale Kreditausschuss (ZKA) unterrichtet. Dann werden Anfang Januar die G 10 Gouverneure in Basel eine Entscheidung treffen. Es ist zu erwarten, dass der Zeitplan, wie er seinerzeit vorgegeben war, eingehalten werden kann. Zum Konsultationspapier kann – wenn es Basel passiert - bis Ende Mai Stellung genommen werden. Spätestens Ende des Jahres sollten dann die abschließenden Ergebnisse von Basel II feststehen.

#### Frage

Seit heute findet das EU-Gipfeltreffen in Nizza statt. Welche Erwartungen verbinden Sie mit diesem Treffen und im Zusammenhang damit an den Euro? Sehen Sie jetzt schon eine Trendwende durch den jüngsten Anstieg, oder befürchten Sie, dass beim Scheitern des Gipfeltreffens in Nizza der Euro wieder mächtig unter Druck gerät?

#### Bundesbankpräsident Welteke

Erstens hoffe ich, dass der Gipfel in Nizza zu einem Erfolg wird. Ich glaube, das ist auch für die weitere Integration in Europa erforderlich, denn in Nizza sollen ja die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Beitrittsverhandlungen mit einer Reihe von Staaten zum Abschluss zu bringen. Diese Länder haben jetzt auch einen Anspruch darauf, dass die Europäische Union sich aufnahmefähig macht, indem sie die Entscheidungen trifft, die nun schon lange anstehen.

Ob man jetzt schon von einer Trendwende beim Euro sprechen kann, bleibt abzuwarten. Das hängt u. a. davon ab, wie sich die Situation in der Vereinigten Staaten entwickelt. Ich habe im übrigen in der Vergangenheit immer wieder betont: Die Stabilität des Preisniveaus zu garantieren, ist die Aufgabe der Zentralbanken, und eine stabile Währung zieht auch immer einen starken Außenwert nach sich.

Frage

Haben Sie Sorge, dass sich im EZB-Rat die Befürworter einer direkten Inflationssteuerung mit der Entscheidung zur Inflationsprojektion etwas mehr Geltung verschafft haben und die zweite Säule aufwerten wollen? Hat der ZBR darüber diskutiert, ob man als Zentralbankrat nochmal eine Diskussion über die Bundesbankaufgaben macht?

Drittens: Kann es sein, dass die Bundesbank den Aufbau der Agentur dadurch unterstützt, dass jetzt viel Personal in die Agentur abwandert?

Bundesbankpräsident Welteke

Erstens: Mit der Veröffentlichung der Projektion ist keine Veränderung der geldpolitischen Strategie verbunden. Ich bitte darum, das auch wirklich ernst zu nehmen. Es ist in den Diskussionen im EZB-Rat immer wieder darauf hingewiesen worden, dass damit keine Veränderung bei der 2-Säulen-Strategie verbunden ist. Es gibt im EZB-Rat keine Diskussion, die darauf hinauslaufen würde, für die EZB ein „Inflation-Targeting“ als Strategie einzuführen.

Zur zweiten Frage: Wir werden uns sicherlich im Zentralbankrat mit der Leitungsstruktur der Deutschen Bundesbank befassen müssen, wenn ein Referenten-Entwurf vorliegt und dieser der Bundesbank zur Anhörung und zur Stellungnahme zugeleitet wird. Natürlich ist es so, dass wir intern schon über viele Variationen und Kompromissmöglichkeiten zu den beiden Optionen I und II diskutiert haben. Es sind aber keinerlei Entscheidungen getroffen worden. Sie wissen, dass es auch im ZBR der Bundesbank unterschiedliche Positionen gibt und meine Position kennen Sie. Zunächst ist jetzt die Politik am Zuge.

Zum dritten Punkt: Die Schuldenagentur hat mit einem Geschäftsführer die Arbeit aufgenommen. Ein zweiter Geschäftsführer wird - soweit ich das weiß - noch gesucht. Wir plädieren dafür, dass die bankmäßige Abwicklung bei uns in der Deutschen Bundesbank verbleibt.

Frage

Stichwort Bundesbankgewinn. Empfinden Sie es als einen Vorwurf, wenn Prof. Sinn ausrechnet, dass der Bundesrepublik Deutschland 60 Mrd. DM an monetären

Einkünften entgehen? Wie wird nach Ablauf der drei Jahre die Verteilung der Euro-Gewinne erfolgen? Wird es bei den fünf Jahren als Sonderregelung bleiben?

Bundesbankpräsident Welteke

Wie die vergangenen Diskussionen gezeigt haben, ist dies ein sehr schwieriges Thema. Prof. Sinn hält sich hierbei zu Gute, bereits vor einigen Jahren darauf aufmerksam gemacht zu haben. Allerdings war damals die Summe, die der Bundesrepublik Deutschland durch die Verteilung der „monetary income“ verloren gehen würde, fast dreimal so hoch wie der Betrag, der jetzt genannt wird. Eine solche Berechnung, die auf Bestandsgrößen statt auf Stromgrößen basiert, ist nur eingeschränkt aussagefähig. Die Verhandlungen über die Verteilung der monetären Einkünfte sind derzeit in Gang. Dem Ergebnis soll hier nicht vorgegriffen werden. Zudem würden Vermutungen über deren Ausgang die Gespräche nur belasten.

Frage

1. Wie sind Ihre Einschätzungen zur Lage der US-amerikanischen Konjunktur und der aktuellen Zinspolitik der Fed? 2. Bei Beobachtung der aktuellen Diskussion über die Leitungsstrukturen bei der Bundesbank ist eine Verhärtung der Fronten zwischen der Bundesbank und den LZB-Präsidenten auszumachen. Wäre es dem Ansehen der Bundesbank nicht dienlicher, wenn dieser Konflikt nicht öffentlich ausgetragen würde?

Bundesbankpräsident Welteke

Über möglicherweise stattfindende Zinsentscheidungen der Fed im nächsten Frühjahr können wir natürlich keine Aussagen machen.

Bezüglich der zweiten Fragestellung bleibt anzumerken, dass Bundesbank und Landeszentralbank-Präsidenten im Grunde genommen eine Einheit darstellen. Die Deutsche Bundesbank besteht aus der Dienststelle des Direktoriums und neun Hauptverwaltungen. Diese Hauptverwaltungen heißen aus traditionellen Gründen Landeszentralbanken „in“, früher Landeszentralbanken „von“. Das Wort „in“ macht deutlich, dass sie nicht mehr selbständige Einrichtungen, sondern integraler Bestandteil der Deutschen Bundesbank sind.

Zunächst bleibt aber festzuhalten, dass allen Mitgliedern des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank daran gelegen ist, die Reputation der Deutschen Bundesbank in der deutschen wie internationalen Öffentlichkeit zu erhalten, wenn möglich zu mehren. Und gemeinsam wird der Standpunkt vertreten, dass die lähmende, lange andauernde Diskussion sicher nicht förderlich ist. Aber welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen aus der Einführung des Europäischen Systems der Zentralbanken für die Leitungsstruktur der Deutschen Bundesbank zu ziehen sind und wieweit dies verknüpft ist mit der zukünftigen Reputation, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Frage

Wie hoch ist die voraussichtliche Gewinnüberweisung an den deutschen Finanzminister in diesem Jahr?

Bundesbankpräsident Welteke

Wir rechnen mit einem deutlich höheren Bundesbankgewinn als im vergangenen Jahr, der insbesondere auf den gestiegenen Zinsen beruht. Genaueres wird im April nächsten Jahres feststehen, wenn wir über den Jahresabschluss 2000 entscheiden.

Frage

Wie steht die Bundesbank zu dem politischen Ziel einer möglichst raschen EU-Osterweiterung?

Bundesbankpräsident Welteke

Da spielen Sie auf ein Thema an, das uns in den vergangenen Tagen in der Öffentlichkeit bewegt hat. Der Ausgangspunkt hierzu war, dass anlässlich einer Konferenz in Berlin Regierungsvertreter, Außenminister und Staatschefs von Armenien, der Ukraine und Moldawien betont haben, dass sie ebenfalls der Europäischen Union und Währungsunion beitreten wollten. Ich habe darauf hingewiesen, dass eine Währungsunion zwischen Ländern mit großen realwirtschaftlichen Unterschieden, wie z.B. zwischen der Ukraine, Armenien und Deutschland, das Problem einer einheitlichen Geldpolitik für alle aufwerfen würde. Nach dem Vertrag von Maastricht ist die Aufnahme von Ländern in die Europäische Union eine Entscheidung der Politik und nicht eine Entscheidung der EZB oder der

Deutschen Bundesbank. Diese Staaten würden dann automatisch Mitglieder des Europäischen Systems der Zentralbanken, eventuell mit einer Ausnahmeregelung. Aber wenn sie die Kriterien erfüllen, die der Maastrichter Vertrag festlegt, können sie auch der Europäischen Währungsunion beitreten. Da wir in der Vergangenheit gesehen haben, dass diese Kriterienerfüllung nicht das allergrößte Hindernis darstellt, hielt ich es für notwendig, die Politik auf ein Problem aufmerksam zu machen, dass bei einem frühzeitigen Beitritt von ehemaligen Ländern der Sowjetunion auftreten kann.

Bei den aktuellen Beitrittsverhandlungen geht es um Länder, die natürlich zu Europa gehören und denen man schon seit vielen Jahren den Beitritt zur Europäischen Union versprochen hat. Aus politischer Sicht kann das nur begrüßt werden. Aber auch hier ist es sinnvoll darauf hinzuweisen, dass der Beitritt zur Europäischen Währungsunion nicht schon unmittelbar nach dem Beitritt zur Europäischen Union erfolgt.

#### Frage

Derzeit wird in Nizza darüber verhandelt, den EU-Ministerrat und die EU-Kommission erweiterungsfähig zu machen. Stellt sich in diesem Zusammenhang auch das Problem eines EZB-Rates mit dann vielleicht 30-35 Mitgliedern?

#### Bundesbankpräsident Welteke

Zum jetzigen Zeitpunkt macht es wenig Sinn, darüber zu spekulieren, weil bis zu dem Beitritt dieser Ländern zur Europäischen Union noch einige Jahre ins Land gehen werden. Die Öffentlichkeit und die Wissenschaft kann und soll man daran nicht hindern, aber als Mitglied des EZB-Rates darüber öffentlich zu spekulieren, wie der EZB-Rat organisiert sein sollte, wenn die anderen Länder dazugekommen sind, kann nur kontraproduktiv sein.

#### Frage

Gehen Sie denn wirklich realistischerweise davon aus, dass Länder wie Tschechien oder Polen fünf oder zehn Jahre, nachdem sie der EU beigetreten sind, immer noch außerhalb der Währungsunion sind?

Bundesbankpräsident Welteke

Nein, nach fünf bis zehn Jahren dürften sie wohl auch der Europäischen Währungsunion angehören.

Frage

Plädieren Sie für eine Verschärfung der Beitrittskriterien ? Wird dieses Problem nicht noch dadurch verschärft, wenn beispielsweise in Osttimor, Montenegro und Kosovo europäische Währungen genutzt werden?

Bundesbankpräsident Welteke

Länder, die den Euro einseitig einführen, haben kein Mitwirkungsrecht an den geldpolitischen Entscheidungen. Sie geben einen Teil ihrer währungspolitischen Kompetenz und Souveränität auf.

Ich glaube nicht, dass man die Maastricht-Kriterien verschärfen muss. Man muss sie nur konsequent anwenden.

Frage

Gibt es Pläne der Bundesbank, ähnlich wie bei der EZB, durch die Volkswirtschaftliche Abteilung Makromodelle und Projektionen auch für Deutschland zu erstellen? Könnte die Bundesbank nicht beispielsweise in den Monatsberichten dazu etwas sagen?

Prof. Dr. Remsperger, MdD

Wir sind an der Erstellung der Projektionen im Europäischen System der Zentralbanken beteiligt. Auf der Stabsebene liefern wir unseren „Input“ genau wie die anderen Notenbanken. Man kann die Frage, ob einzelne nationale Notenbanken Projektionen für ihr jeweiliges Land veröffentlichen sollen, nicht abschließend klären, bevor man genau weiß, wie das Format dieser Projektionen aussehen soll. Darüber gibt es weiterhin Diskussionen.

Frage

Im Zusammenhang mit der Geldpolitik wurde zuletzt von einer notwendigen verstärkten Wachsamkeit gesprochen. Ist dies ein Indiz für einen neuen geldpolitischen Kurs?

Bundesbankpräsident Welteke

Wir müssen alle 14 Tage die geldpolitische, währungspolitische und makroökonomische Lage bewerten und hieraus die Schlussfolgerungen ziehen. Hierzu werden auch die Projektionen dienen, die zweimal im Jahr erstellt werden sollen. Natürlich muss man immer wachsam sein, ob es Störungen für die Inflationserwartungen gibt, und das gilt auch für die Zukunft. Damit soll jedoch weder ein Hinweis auf eine schärfere noch auf eine weniger scharfe Geldpolitik in der Zukunft gegeben werden.

Frage

Wie ist der Stand der Diskussion zur Ansiedelung der Bankenaufsicht? Ist dieses Thema verknüpft mit der künftigen Führungsstruktur der Bundesbank?

Bundesbankpräsident Welteke

Wir sind der Auffassung, dass auch in der jetzigen Struktur die Bankenaufsicht voll in die Deutsche Bundesbank integriert werden kann. Im Zentralbankrat wurde dazu auch ein Beschluss gefasst, so dass die Bankenaufsicht auch bei der jetzigen Struktur einheitlich durchgeführt werden kann. Das ist der Ausgangspunkt für die Diskussion.

Die Politik muss entscheiden, ob die beiden Problemfelder – Führungsstruktur und Bankenaufsicht – in einem Gesetzgebungsverfahren zusammengefasst werden, oder ob man das Thema Bankenaufsicht vorab aufgreifen soll. Wir sind der Meinung, dass aufgrund des Know-hows, der Marktnähe, der Verantwortung für Finanzstabilität und ihrer Organisationsstruktur die Bundesbank am besten in der Lage wäre, die vorhandene Doppelarbeit zu beseitigen und Synergieeffekte zu realisieren. Deshalb sollte die Bankenaufsicht auf jeden Fall in die Deutsche Bundesbank integriert werden.

Häufig wird uns entgegen gehalten, dass dies Konflikte mit der Geldpolitik geben könnte. Diese sehen wir nicht, weil die Geldpolitik im EZB-Rat entschieden wird. Der Maastrichter Vertrag verlangt, dass die Notenbanken unabhängig sein müssen im Hinblick auf die Aufgaben, die der Vertrag verriet. Der Maastrichter Vertrag überträgt

aber nicht die Bankenaufsicht auf die nationalen Notenbanken. Und deshalb gibt es auch hier nach unserer Auffassung keinen Konflikt.

Meister, MdD

Ich würde gern noch einen Satz hinzufügen: Wenn ein Junktim im Bundesfinanzministerium zwischen diesen beiden Themenkomplexen besteht, so würden wir uns wünschen, dass im Hinblick auf den genannten eindeutigen Beschluss des Zentralbankrates, der eine zentrale einheitliche Bankenaufsicht garantiert, dieses Junktim aufgehoben wird.